



Clearingstelle Mittelstand des
Landes NRW bei IHK NRW



Ergebnisbericht

“Nutzung von KI zum Bürokratieabbau für den Mittelstand”

Düsseldorf, März 2026

Inhaltsverzeichnis

Ausgangslage.....	3
I. Künstliche Intelligenz.....	3
II. Rulemapping	4
III. Testläufe	5
ChatGPT Plus (Analyse I).....	7
Pandektes (Analyse II).....	8
ChatGPT Plus (Analyse III).....	8
ChatGPT Plus (Analyse IV).....	11
IV. Fazit.....	12
V. Konkrete Anwendungsbereiche.....	12
Zukunftsvertrag für NRW	12
Bürokratieabbauchek	12
Digitalcheck.....	13
Föderale Modernisierungssagenda.....	13
VI. Konkrete Vorschläge aus dem Beteiligtenkreis.....	13

Ausgangslage

Die Clearingstelle Mittelstand hat sich, beauftragt durch den Mittelstandsbeirat NRW, tiefergehend mit dem Thema "Einsatz von KI beim Bürokratieabbau für den Mittelstand" beschäftigt.

Mit den nachfolgenden Ausführungen werden die im Rahmen der Recherche gewonnenen Erkenntnisse über digitale Werkzeuge und deren Einsatzmöglichkeiten und Nutzen für Bürokratieabbaumaßnahmen aufgezeigt.

Basis für die gewonnenen Erkenntnisse bilden neben Vorträgen der IHK Region Stuttgart sowie der Rulemapping Solution GmbH insbesondere auch die von der Clearingstelle Mittelstand unter Verwendung von KI durchgeführten Testläufe, in denen beispielhaft landesgesetzliche Regelungen einer vergleichenden Betrachtung bzw. einer strukturellen Analyse in Bezug auf die Identifikation von bürokratischen Pflichten unterzogen wurden.

I. Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz kommt derzeit im Rahmen der Betrachtung von gesetzlichen Vorschriften in vielerlei Hinsicht zur Anwendung.

In Kenntnis, dass die IHK Region Stuttgart KI im Kontext von Bürokratieabbau zum Einsatz bringt, hat sich die Clearingstelle Mittelstand über die Projekte und Initiativen näher informiert.

Die IHK Region Stuttgart nutzt ein selbst entwickeltes KI-Tool, das auf dem Prinzip der Retrieval Augmented Generation (RAG) basiert. RAG erweitert die bereits leistungsstarken Funktionen von LLMs (Large Language Model - wie beispielsweise ChatGPT) auf bestimmte Domains oder die interne Wissensbasis einer Organisation, ohne dass das Modell neu trainiert werden muss. Eine an das LLM gerichtete Anfrage kann dabei nicht nur auf die Trainingsdaten des Modells zurück-, sondern auch auf Informationen aus (externen) Quellen, Datenbanken oder dem Internet zugreifen. Dadurch wird die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der erzeugten Inhalte erhöht, da das Modell mit aktuellen und spezifischen Informationen versorgt wird.

Die IHK Region Stuttgart setzt das KI-Tool im Zusammenhang mit Bürokratieabbau in dreifacher Hinsicht ein. Bei der technischen Umsetzung wird eng mit dem KI-Unternehmen *Embraceable AI* zusammengearbeitet.

1. KI-gestützte Wissensdatenbank

KI kommt hier zum Einsatz, um auf der Basis der zahlreich vorliegenden Bürokratieabbauvorschläge strukturelle Vorschläge zum Bürokratieabbau zu erarbeiten. Dabei wird das eigene KI-Tool genutzt, um den Trainingsdatensatz um die durch eine Abfrage gesammelten Vorschläge zum Bürokratieabbau zu erweitern. Die Einführung des KI-Tools stellt sicher, dass das KI-System nur die relevanten Informationen berücksichtigt und dadurch die Güte der Auswertungen erhöht wird.

2. Strukturelle KI-Analyse von Gesetzestexten

Mit Hilfe eines LLM werden bürokratische Verpflichtungen automatisiert in Rechtstexten auffindig gemacht. In einem zweiten Schritt werden mit einem speziell trainierten KI-Tool die Einzelnormen der Rechtstexte analysiert und nach spezifischen „Bürokratiemustern“ klassifiziert, also beispielsweise mit Blick auf:

- Schriftformerfordernisse
- Berichtspflichten
- Dokumentationspflichten
- Genehmigungspflichten
- Anzeigepflichten
- Nachweispflichten
- Prüfpflichten
- Schwellenwerte

Das LLM arbeitet dabei mit einem fein abgestimmten Systemprompt, der die relevanten Muster klar definiert und die KI gezielt auf die Suche nach diesen Elementen schickt. Dieser Prompt wurde von der IHK Region Stuttgart intensiv auf die Erkennung dieser Muster trainiert, die Ergebnisse mehrfach evaluiert und das System entsprechend nachgesteuert.

3. Transparenz (staatlicher Förderprogramme)

Nicht immer ist es (für Unternehmen) nachvollziehbar, wie viele und welche Förderprogramme existieren. Um die Transparenz staatlicher Förderprogramme zu erhöhen, wurden relevante Programme aus den Haushaltsplänen der baden-württembergischen Ministerien systematisch identifiziert.

- Dazu wurden in einem ersten Schritt die Haushaltspläne der Ministerien in eine strukturierte Form überführt, um eine effiziente Analyse zu ermöglichen. Dabei kamen Techniken wie OCR (Optical Character Recognition) und Parsing zum Einsatz, um die umfangreichen Texte maschinenlesbar zu machen.
- In einem zweiten Schritt wurden Sprachmodelle (GPT -4o1, o1) eingesetzt, um relevante Förderprogramme in den Haushaltsplänen zu identifizieren. Dadurch konnten die Haushaltspläne effizient durchsucht und eine umfassende Übersicht der Förderprogramme erstellt werden.

II. Rulemapping

Unter Rulemapping wird eine Methode verstanden, durch die komplexe rechtliche Regeln, Gesetze oder Verwaltungsabläufe in digitale, visuelle Entscheidungsstrukturen („Rulemaps“) übersetzt werden.

Basierend auf der juristischen Denkweise der Subsumtion werden Rechtsvorschriften und die strukturellen Prüfprozesse mittels eines Entscheidungsbaums visuell und auch maschi-

nenlesbar dargestellt. Abgebildet wird damit die vollständige Wenn-Dann-Logik eines Gesetzes, einschließlich der Tatbestände, Rechtsfolgen, Ausnahmen und Verweise.

Die Rulemapping-Methode kann mit Blick auf die nachfolgenden Aspekte Informationen und Ansatzpunkte liefern, die hilfreich für den Normsetzungsprozess als auch für den Vollzugsprozess bzw. dessen Optimierung sein können.

- Überführung in strukturierte, formalisierte Entscheidungsregeln
- Visualisierung der tatsächlichen Funktionsweise der Norm
- Widersprüche, Redundanzen oder unklare Verweise werden ersichtlich
- Zusammenführung ähnlicher oder überlappender Vorschriften
- Reduktion unnötiger Prüfschritte und formaler Hürden
- Erkennung von Vollzugslogiken, Abhängigkeiten und technischer Realisierbarkeit
- Digital-Check und Anpassungsbedarfe
- Simulation neuer / angepasster Norm mit Testdaten
- Kosten- und Wirkungsberechnungen
- Automatisierte Erzeugung neuer Normtexte
- Optimierung von Ermessensgraden
- Möglichkeit der optionalen Publikation als Law-as-Code

Zentraler Anwendungsbereich ist die Digitale Gesetzgebung (Law as Code). Gesetzestexte werden bereits während des Entwurfsprozesses als logische Baumstrukturen (Rulemaps) modelliert, anstatt sie nachträglich in Software zu übersetzen.

Durch die Automatisierung der öffentlichen Verwaltung kann zudem der Vollzug erleichtert werden. So z. B. durch eine automatisierte Prüfung von Antragsdaten gegen die gesetzlichen Voraussetzungen.

Dadurch entstehen insbesondere auch für Unternehmen Vorteile durch eine höhere Effizienz und Standardisierung der Regulierung und damit des Vollzuges. Zudem kann die Bereitstellung von Gesetzen als digital ausführbarer Code bzw. Standard die Integration von regulatorischen Anforderungen in Software und Steuerprogramme unterstützen und die Erfüllung der erforderlichen Nachweis- und Informationspflichten erleichtern.

III. Testläufe

Um selbst praktische Erfahrungen hinsichtlich der sich ergebenden Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Anwendung von KI-Tools zu sammeln, hat die Clearingstelle Mittelstand die nachfolgenden beispielhaften Testläufe durchgeführt:

1. Vergleich der Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg mit Blick auf Potenziale für Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung für die mittelständische Wirtschaft

2. Vergleich der Bauordnungen

von Nordrhein-Westfalen (inklusive aktueller Entwürfe) und Baden-Württemberg in Referenz zur Musterbauordnung (MBO) mit Blick auf Potenziale für Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachung für die mittelständische Wirtschaft

Die vergleichenden Betrachtungen wurden mittels **ChatGPT Plus** (trainiert auf sehr große, vielfältige Textmengen; dient der allgemeinen Sprachverarbeitung (Erklären, Schreiben, Zusammenfassen, Argumentieren, Programmieren)) durchgeführt.

Darüber hinaus kam bei einem weiteren Testlauf **Pandektes** (KI-gestützte juristische Datenbank, vor allem für Recherchen und präzise, konsistente Antworten innerhalb eines klar definierten Rechtsgebiets geeignet) zur Anwendung.

Der Arbeitsauftrag wurde wie folgt formuliert:

- Gegenüberstellung einzelner Regelungen der Rechtstexte in einer Tabelle
- Bewertung mit Blick auf Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft in NRW
- Formulierung klarer Empfehlungen, um bürokratische Belastungen für mittelständische Betriebe in NRW-Gesetzen zu reduzieren

Neben diesen Anweisungen wurden die in Blick zu nehmenden Rechtstexte (aktuelle Gesetze sowie Regierungsentwürfe) als PDF zur Verfügung gestellt. Zudem erfolgte die Anweisung, Änderungsvorschläge aus Regierungsentwürfen als in Kraft befindlich zu behandeln. Eine Websuche wurde dabei ausgeschlossen, sodass die Auswertung ausschließlich auf Basis der zur Verfügung gestellten Dokumente erfolgt.

Hinweis:

Bei den nachfolgenden Analysen lag der Fokus auf den zu sammelnden Erfahrungen in der Anwendung von KI-Tools für den Bürokratieabbau und explizit nicht auf dem konkreten Inhalt der Vorschläge. Da dahingehend die Einsatzmöglichkeiten dargestellt werden, sind die von der künstlichen Intelligenz erstellten Inhalte lediglich beispielhaft aufgeführt.

Neben den Potenzialen bestehen aber auch Grenzen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in analytischen Kontexten. KI-gestützte Systeme können große Informationsmengen effizient verarbeiten, strukturieren und daraus Vorschläge oder Handlungsempfehlungen ableiten, etwa im Bereich des Bürokratieabbaus. Dadurch eröffnen sich erhebliche Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und zur Generierung innovativer Lösungsansätze.

Es bleibt aber auch anzumerken, dass die KI trotz des umfangreichen Korpus an Textdaten, mit dem sie trainiert wurde, nicht unfehlbar ist. Die Generierung von Text erfolgt nach Wahrscheinlichkeitsmaßstäben, d.h. das Modell berechnet für jedes potenzielle Folgewort die bedingte Wahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom bisherigen Kontext – auch dann, wenn im Trainingsdatensatz oder im mit dem Prompt zur Verfügung gestellten Material keine gesicherten Informationen vorliegen. In solchen Fällen entstehen mitunter inhaltlich unzutreffende oder frei konstruierte Aussagen (sogenannte „Halluzinationen“). Selbst, wenn die benötigten Daten eigentlich vorliegen, kann es nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit zu

Halluzinationen sowie inhaltlichen oder Logikfehlern kommen. Ein KI-erstellter Inhalt sollte also immer sorgfältig überprüft und über Folgefragen nachgeschärft werden. Entsprechend erfordern die von KI-Systemen erstellten Inhalte eine fachliche Prüfung durch qualifizierte Expertinnen und Experten. Nur Personen mit entsprechender Sachkenntnis sind in der Lage, die inhaltliche Richtigkeit, Relevanz und Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen angemessen zu bewerten.

KI kann demnach fachliche Expertise nicht ersetzen, wohl aber als unterstützendes Instrument dienen, das den Arbeitsaufwand reduziert, Analyseprozesse beschleunigt und gegebenenfalls neue Perspektiven in die Diskussion einbringt.

ChatGPT Plus (Analyse I)

Verwaltungsverfahrensgesetz

Das KI-Tool vergleicht die Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes, von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg aus Sicht mittelständischer Unternehmen. Im Mittelpunkt steht, ob und wie die Gesetze Verfahrensdauer, Planungs- und Investitionssicherheit, digitale Abwicklung sowie die Wahrscheinlichkeit von Nachforderungsschleifen und Formfehlerkosten beeinflussen.

Für kleine und mittlere Unternehmen entstehen Bürokratiekosten insbesondere durch unklare Anforderungen, Mehrfachzuständigkeiten, lange Entscheidungszeiten, wiederholte Nachforderungen und heterogene Verwaltungspraxis.

ChatGPT stellt fest:

Verwaltungsverfahrensgesetze wirken hier als „Grundordnung“ des Verwaltungshandelns. Sie bestimmen, wie Anträge entgegengenommen werden, wie digital kommuniziert werden darf, welche Mitwirkung und Beteiligung erfolgt und wie Verfahrensfehler behandelt werden. Schon punktuelle Unterschiede können den Ressourceneinsatz von KMU spürbar verändern, weil KMU typischerweise kein spezialisiertes Genehmigungsmanagement vorhalten.

Ergebnis des Arbeitsauftrages ist eine ausführliche Tabelle, in der die

- für KMU relevanten Themenblöcke,
- unterschiedlichen Regelungen
- dafür relevante Paragraphen
- plausible Auswirkungen auf KMU
- Empfehlungen für NRW

detailliert dargestellt werden.

Die KI-Analyse ergibt, dass die drei verglichenen Gesetze in der Grundstruktur weitgehend übereinstimmen. Für die mittelständische Praxis entstehen Unterschiede vor allem dort, wo NRW zusätzliche technische bzw. prozessuale Konkretisierungen vornimmt oder Normen anders systematisiert, wie bei der elektronischen Kommunikation (§ 3a) sowie der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 25a) und dem Geheimnisschutz (§ 3b). Auswirkungen auf mittelständische Betriebe manifestieren sich daher weniger durch die Existenz einzelner Instrumente, sondern durch deren vollzugsnahe Ausgestaltung: harmonisierte digitale Zugänge,

verbindliche Vollständigkeitsprüfungen und Fristprognosen, sowie echte Koordination über eine einheitliche Stelle sind die Hebel mit dem größten Entlastungspotenzial.

Pandektes (Analyse II)

Mit der KI-gestützten juristischen Datenbank von Pandektes wurde ebenfalls eine Analyse durchgeführt. Auch hier mussten die notwendigen Rechtstexte manuell zur Verfügung gestellt werden, da die Pandektes-Datenbank derzeit noch nicht über landesrechtliche Rechtstexte verfügt.

Die Hypothese, dass Pandektes – da es v. a. als Recherchetool mit intelligenter Suchfunktion und aktuellen Datenbanken entwickelt wurde und damit weniger „kreativ“, dafür aber stärker regel- und strukturorientiert arbeitet – mit der Analyse mehr Schwierigkeiten haben würde, hat sich bestätigt.

Pandektes lieferte überwiegend kurze, stichwortartige Antworten und untermauerte seine Aussagen mit konkreten Quellen aus den Rechtstexten.

Einschränkungen zeigen sich jedoch bei der Einordnung präziser rechtlicher Fragestellungen in einen übergeordneten Kontext sowie bei der Folgenabschätzung und der Ableitung belastbarer Handlungsempfehlungen.

Beim Vergleich der Rechtstexte traten Schwierigkeiten auf, Vor- und Nachteile differenziert und präzise herauszuarbeiten, stattdessen beschränkte sich Pandektes weitgehend auf eine überwiegend positive Bewertung. Zudem ist Pandektes auf 10 Folgefragen limitiert, was ein „Nachschärfen“ der Analyse erschweren kann.

ChatGPT Plus (Analyse III)

Landesbauordnung

Zunächst nimmt das KI-Tool eine Kurzanalyse der wirtschaftlichen Relevanz von bauordnungsrechtlichen Verfahren für mittelständische Unternehmen vor.

Identifiziert werden die folgenden Konstellationen:

- Neubau und Erweiterung von Betriebsstätten (Produktions-, Lager-, Handels- und Büroflächen),
- Umnutzungen und Sanierungen im Bestand (einschließlich energetischer Maßnahmen und Nachverdichtung),
- kleinere, aber häufigere Vorhaben (Werbeanlagen, Ladeinfrastruktur, betriebliche Nebenanlagen).

Dabei werden als Ursache für Bürokratiebelastung weniger einzelne technische Anforderungen, sondern vielmehr der Umfang behördlicher Prüfprogramme, die Zahl und Tiefe vorzulegender Nachweise, die Verlässlichkeit von Fristen sowie die Notwendigkeit wiederholter Abstimmungen und Nachforderungen ausgemacht.

Im nächsten Schritt werden die Bauordnungen miteinander verglichen. Dafür wird die Musterbauordnung als Referenzrahmen genutzt.

Wie ChatGPT den gestellten Arbeitsauftrag erfüllt hat, zeigen die nachfolgenden Beispiele, die seitens der Clearingstelle Mittelstand, da hier die Methode im Fokus der Betrachtung stand, keiner inhaltlichen Überprüfung unterzogen worden sind.

Allgemeine Anforderungen und Bezug auf technische Regeln

MBO § 3, § 85a (Technische Baubestimmungen) | NRW § 3 n.F., § 88 (Technische Baubestimmungen) | BW § 3, § 73a (Technische Baubestimmungen)

Die **MBO** formuliert allgemeine Schutzziele und verweist auf die Grundanforderungen an Bauwerke nach Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 305/2011; die konkrete technische Ausführung erfolgt über Technische Baubestimmungen und bauaufsichtlich eingeführte Regeln.

NRW übernimmt die MBO-Formulierung in § 3 vollständig und streicht den bisherigen ausdrücklichen Zusatz, dass „allgemein anerkannte Regeln der Technik“ zu beachten sind; maßgeblich bleiben insbesondere die Technischen Baubestimmungen und deren Abweichungsmöglichkeiten.

BW enthält ebenfalls eine zielorientierte Schutzzielnorm (§ 3) mit Bezug auf Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 305/2011, ergänzt aber zusätzliche planerische Leitlinien (u. a. Energie- und Klimaschutzaspekte).

Für KMU kann eine stärker zielorientierte Norm die Zahl zwingend einzuhaltender privater Normen faktisch reduzieren und damit Planungs- und Nachweiskosten senken. Gleichzeitig können Unsicherheiten entstehen, wenn im Einzelfall strittig wird, welche technische Lösung als „gleichwertig“ gilt. Für Unternehmen ist daher entscheidend, dass die Technischen Baubestimmungen vollständig, praxistauglich und digital zugänglich sind und dass Abweichungen transparent und schnell entschieden werden.

Damit die Entlastung tatsächlich bei KMU ankommt, empfiehlt das KI-Tool, flankierend die Technischen Baubestimmungen konsequent auf das erforderliche Minimum zu begrenzen, Aktualisierungszyklen planbar machen und ein niedrigschwelliges Verfahren für gleichwertige Lösungen (z. B. Leitfäden, Musterlösungen) etablieren.

Umnutzung/Änderungen im Bestand („Umbauordnung“) und Bestandsschutz

MBO keine spezifische Bestandserleichterungsnorm; allgemeiner Rahmen: § 3, § 67 | NRW § 59 n.F., § 47 Abs. 6-7 n.F. | BW § 27f, § 28d, § 76

Die **MBO** enthält allgemeine Anforderungen und die Möglichkeit von Abweichungen.

NRW führt neue Regelungen ein, nach denen bei Umnutzungen bestandsgeschützter Anlagen zu Wohnzwecken bestimmte materielle Anforderungen (u. a. Abstandsflächen und wesentliche Brandschutz- und Konstruktionserfordernisse) auf bestehende Bauteile nicht anzuwenden sind. Zusätzlich werden für erstmalige Aufstockungen um nicht mehr als ein Geschoss zu Wohnzwecken weitere Erleichterungen vorgesehen; im Bereich der Aufstockung gelten Anforderungen der bisherigen Gebäudeklasse.

BW hat mit § 27f ein eigenständiges Regime für Nutzungsänderungen und Änderungen im Bestand, das brandschutzbezogene Anforderungen auf tragende, aussteifende und raumabschließende Bauteile begrenzt, sofern bestimmte Schutzziele eingehalten werden; auch für Dachausbau/Aufstockung zu Wohnzwecken werden Erleichterungen vorgesehen.

Für KMU ist das Thema Bestand zentral, weil Betriebsimmobilien häufig umgebaut, erweitert oder umgenutzt werden. Entlastungsregime können Investitionshemmnisse abbauen, indem sie teure, technisch kaum leistbare Nachrüstpflichten für bestehende, rechtmäßig errichtete Bauteile reduzieren. Dies kann Umbaukosten und Stillstandszeiten senken und damit Beschäftigung und Standortentscheidungen stützen. Zugleich muss das Regelwerk so gestaltet sein, dass brandschutz- und sicherheitsrelevante Mindeststandards nachvollziehbar bleiben, um Haftungs- und Versicherungsrisiken nicht zu erhöhen.

Das KI-Tool sieht in den spezifischen Entlastungsregimes von NRW und BW Chancen für die Wirtschaft, weil Umnutzungen und Nachverdichtung gefördert werden. Empfehlenswert sei eine klare Abgrenzung der Anwendungsfälle (z. B. nur rechtmäßig errichtete und bestandsgeschützte Gebäude, nur bestimmte Nutzungsvorherigkeit), eine standardisierte Nachweiseführung für kompensatorische Maßnahmen sowie eine enge Abstimmung mit Brandschutzdienststellen, um Vollzugskonflikte zu vermeiden.

Das KI-Tool empfiehlt darüber hinaus eine Vollzugshilfe (Beispiele, Kriterien zur „direkten Rettung ins Freie“, Umgang mit Nebenräumen), damit die Entlastung einheitlich angewendet wird und keine neuen Abstimmungsaufwände zwischen Unternehmen, Planenden und Brandschutz entstehen.

Verfahrensfreie Vorhaben – Beispiel Ladeinfrastruktur und kleinere Nebenanlagen

MBO § 61 | NRW § 62 | BW § 50 i.V.m. Anhang 1 (u.a. Ladeinfrastruktur)

Die **MBO** enthält einen Katalog verfahrensfreier Vorhaben; die Länder können diesen Katalog ausweiten oder konkretisieren.

NRW stellt u. a. die Errichtung von E-Tankstellen einschließlich technischer Nebenanlagen verfahrensfrei. Dadurch entfallen in geeigneten Fällen förmliche Genehmigungsschritte, ohne dass die materiellen Anforderungen an Sicherheit und Ordnung entfallen.

BW enthält ebenfalls einen Katalog verfahrensfreier Vorhaben; die konkrete Einordnung von Ladeinfrastruktur hängt vom landesrechtlichen Detail ab und wird teils über Größen- und Standortkriterien gesteuert.

Aus KMU-Sicht sei die Verfahrensfreiheit der direkteste Bürokratieabbau, weil Planung, Gebühren, Verfahrenszeiten und Nachforderungen reduziert werden. Für Unternehmen, die Ladeinfrastruktur für Beschäftigte, Kundschaft oder Fuhrparks errichten, wirke dies investitionsfördernd und könne die Standortattraktivität erhöhen. Risiken beträfen v. a. Schnittstellen zu anderen Rechtsbereichen (z. B. Immissionsschutz, Netzanschluss, Denkmalschutz) und die Notwendigkeit klarer Leitlinien für brandschutz- und verkehrssichere Ausführung.

ChatGPT Plus empfiehlt zusätzlich, die Verfahrensfreiheit durch klare, digital verfügbare Mindestanforderungen und Checklisten zu flankieren (z. B. Abstände, Brandschutz, Zugänglichkeit für Rettungskräfte), um Rechts- und Planungssicherheit zu erhöhen und spätere Nutzungsuntersagungen zu vermeiden.

ChatGPT Plus (Analyse IV)

Identifikation von Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten

Im Rahmen der Recherche ist die Clearingstelle Mittelstand zudem auf einen Prompt zur Identifikation von Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten, der von der Digital Agentur Brandenburg entwickelt wurde, gestoßen.

Dieser dient dazu, Vorschriften und bürokratische Hindernisse systematisch auf bürokratische Belastungen zu analysieren und entsprechende Hindernisse sichtbar zu machen. Im Fokus stehen insbesondere häufig kritisierte Pflichten wie Informations-, Dokumentations-, Berichts-, Aufbewahrungs-, Buchführungs- und Nachweispflichten.

Der Prompt ist unter dem folgenden Link abrufbar: <https://www.digital-agentur.de/dabtheek/blog/ki-prompting-fuer-den-buerokratieabbau/>.

Ein zentrales Merkmal des Ansatzes ist die präzise Definition und Reflexion dessen, was als bürokratische Verpflichtung zu verstehen ist. Dadurch wird die KI gezielt für entsprechende Regelungen sensibilisiert und es werden robuste sowie nachvollziehbare Ergebnisse ermöglicht.

Die Clearingstelle Mittelstand hat diesen Prompt geringfügig angepasst, indem der Fokus von allgemeinen bürokratischen Verpflichtungen auf spezifische Unternehmenspflichten gelegt wurde. Anschließend wurde er anhand einschlägiger Rechtstexte erprobt.

Die Ergebnisse fielen durchweg positiv aus:

Durch präzise Definitionen aller relevanten Begriffe und Untersuchungsgegenstände, wiederholte Aufforderungen zur Reflexion der Ergebnisse sowie klare Vorgaben zum Aufbau einer Tabelle wird eine übersichtliche und systematisch strukturierte Darstellung gewährleistet.

Die Tabelle enthält

- die konkrete Pflicht (z. B. Informations-, Dokumentations- oder Nachweispflicht),
- das jeweils zuständige Ministerium,
- die betroffenen Akteure,
- die entsprechende Fundstelle im Gesetz,
- eine Einschätzung der Zuverlässigkeit der Zuordnung mitsamt einem Score (0 – 1)

Positiv ist, dass mit Hilfe dieses Prompts neben den direkten Pflichten zudem die indirekten herausgefiltert werden können.

Durch die Einschätzung der Zuverlässigkeit und den Score wird die stets notwendige Überprüfung der Ergebnisse vereinfacht.

Da zu jeder identifizierten Verpflichtung zudem ein inhaltlicher Vorschlag zur Reduzierung der jeweiligen Bürokratielast formuliert wird, liegt eine transparente und zugleich handlungsorientierte Grundlage für die Bewertung vor.

In einem nächsten Schritt wird die Clearingstelle den Prompt um weitere bürokratische Aspekte, etwa Schriftformerfordernisse oder vergleichbare formale Vorgaben, ergänzen und an weiteren Rechtstexten erproben.

IV. Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Einsatz von KI-Tools und die Anwendung der Rulemapping-Methode in vielfacher Hinsicht bei der Bürokratievermeidung sowie beim Bürokratieabbau unterstützen können:

- bei der Bestandserfassung von bestehenden Regelungen
- bei der Analyse von bestehenden Gesetzen
- beim Vergleich von gesetzlichen Regelungen
- bei der Erstellung von neuen Regelungen
- bei der Erstellung von Bürokratieabbauvorschlägen
- bei der Identifizierung und Behebung von Vollzugshemmnissen

V. Konkrete Anwendungsbereiche

Zukunftsvertrag für NRW

Die vorgenannten in Blick genommenen Werkzeuge könnten im Rahmen von Normgebungsprozessen sowie bei Gesetzesanalysen, unterstützend in Bezug auf die Zielsetzungen des Zukunftsvertrages für NRW, eingesetzt werden,

- bei der Orientierung an der einfachsten und unkompliziertesten Lösung in Deutschland (vergleichende Betrachtung mittels KI-Tool)
- bei der 1:1-Umsetzung von EU-Recht (strukturelle u. vergleichende Betrachtung mittels KI-Tool)
- zur Überprüfung, welche Vorgaben noch benötigt werden und wo bürokratische Regelungen gebündelt oder abgebaut werden können („One in – One out“).
- bei der Identifikation und Reduktion überflüssiger Prüfschritte und formaler Hürden (Rule Mapping)
- im Rahmen des durchzuführenden Digitalchecks (Rule Mapping)

Bürokratieabbaucheck

Auch bei der Durchführung des Bürokratieabbauchecks auf Landesebene können KI-Tools zusätzlich unterstützen, insbesondere bei

- der Durchführung einer Fiktionenprüfung z. B. Prüfung der Systemgerechtigkeit und Folgenabschätzung (strukturelle Analyse mittels KI-Tool)
- der 1:1 Umsetzung (strukturelle und vergleichende Betrachtung mittels KI-Tool)
- der Prüfung von Schriftformerfordernissen und Bürokratiepflichten (strukturelle Analyse mittels KI-Tool)

Digitalcheck

Bei der Überprüfung der Digitaltauglichkeit von Gesetzen (Digitalcheck) können KI-Tools in dem dreistufigen Prozess im Hinblick auf folgende Aspekte unterstützen:

- Analyse des Regelungstextes zu Hinweisen auf digitale Prozesse, Datenanforderungen oder Schnittstellen (z. B. Begriffe wie „elektronisch“, „Register“, „Online-Dienst“, „Datenübermittlung“) sowie Hemmnisse
- Unterstützung bei der Erstellung und Strukturierung des Datenmodells (Entitäten, Felder, Beziehungen)
- Sicherung der Interoperabilität durch Prüfung auf die konsistente Verwendung von Begriffen oder fehlende rechtliche und technische Definitionen
- Textoptimierung für digitale Umsetzung
- Dokumentation des Digitalchecks

Föderale Modernisierungsagenda

Zudem könnten die benannten Werkzeuge im Zuge der Maßnahmen und Initiativen, die in der Föderalen Modernisierungsagenda nähere Benennung erfahren, zum Einsatz kommen wie z.B. bei

- der kritischen Überprüfung der Erforderlichkeit von Berichts-, Dokumentations- und Auskunftspflichten (strukturelle Analyse mittels KI-Tool)
- der Reduktion von bürokratischer Übererfüllung hin zur 1:1 Umsetzung von EU-Recht (vergleichende Betrachtung mittels KI-Tool)
- der Förderung und Umsetzung von „Law as Code“ im Rahmen der Bestrebung zur Digitalisierung und Automatisierung des Verfahrens (Rule Mapping)

VI. Konkrete Vorschläge aus dem Beteiligtenkreis

Angesichts des Potentials von digitalen Werkzeugen sowie der Rule Mapping Methode wird empfohlen,

- die erprobten Methoden seitens der Landesregierung beim Bürokratieabbaucheck anzuwenden
- die KI-Tools im Rahmen von Clearingverfahren zu landesgesetzlichen Vorhaben sowie bei Bestandsverfahren zu nutzen
- die Clearingstelle Mittelstand zu beauftragen, in einem Pilotverfahren zu fachgesetzlichen Berichtspflichten Vorschläge zu erarbeiten, wie KI-Modelle besser eingesetzt werden können, um die Erfüllung von Berichtspflichten bei Unternehmen und die Erhebung durch die öffentliche Hand zu vereinfachen und welche Regulationsanforderungen angepasst werden müssen.